

37
77

Union in Deutschland

Bonn, den 3. November 1977

Koalition muß Farbe bekennen

Der Deutsche Bundestag hat in der vergangenen Woche drei Tage lang wichtige Probleme deutscher Politik diskutiert: Energiepolitik (26. 10.), Entwicklungshilfe mit Schwerpunkt Afrika (27. 10.) und die wirksamere Bekämpfung des Terrorismus (28. 10.). Die Debatte über die ersten beiden Punkte erfolgte aufgrund von Initiativen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; für die Terroristenbekämpfung lagen vier Gesetzentwürfe der Union und drei der Regierung vor.

Kennzeichen der Energiedebatte war es, daß Bundesregierung und Koalition ihre Zerstrittenheit in dieser Frage dadurch zu vertuschen suchten, daß die Bundesregierung es ablehnte, die Große Anfrage der Union fristgemäß zu beantworten und die Koalition — offensichtlich im Hinblick auf ihre bevorstehenden Parteitage — die Zustimmung zu einer Entschließung verweigerte, mit der die frühere gemeinsame Energiepolitik bestätigt werden sollte.

In der Debatte über eine wirkungsvollere Bekämpfung des Terrorismus machten die Sprecher der Union erneut deutlich, daß sich die Geschehnisse der vergangenen Wochen nicht wiederholen dürfen. Es ist unerläßlich, daß gehandelt wird und daß die Solidarität der Demokraten sich nicht in Worten erschöpft.

■ ENERGIEPOLITIK

Unter dem Druck ihrer Parteitage sind SPD und FDP handlungsunfähig. Seite 2

Niedersachsen hat seine Verpflichtungen erfüllt. Seite 4

■ TERRORISMUS

Niemand sollte in seinen Irrtümern verharren, sagte Alfred Dregger. Seite 5

Hans Filbinger stellte fest: Stammheim gibt keinen Anlaß für böswillige Legenden. Seite 7

■ AFRIKA

Entwicklungshilfe muß dem Frieden dienen. Seite 9

■ KOOP-SCHULE

In NRW wurden die Weichen für ein kollektives Schulsystem gestellt. Seite 14

■ PARTEIARBEIT

Viele Beispiele von der Woche der CDU Seite 17

■ DOKUMENTATION

Wachstum, Beschäftigung und Energie in Zahlen, Fakten und Daten. Grüner Teil

■ ENERGIEPOLITIK

Unter dem Druck der Parteitage sind SPD/FDP handlungsunfähig

Der Entschließungsantrag der CDU/CSU-Fraktion zur Energiepolitik hat folgenden Wortlaut:

Der Bundestag wolle beschließen:

① Der Bundestag bekräftigt die in seiner von allen Fraktionen getragenen Entschließung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie vom 13. Mai 1976 (Drucksache 7/4948) enthaltenen Feststellung:

„Der Deutsche Bundestag erkennt an, daß die grundlegenden Probleme der Sicherheit und Zuverlässigkeit, der Umweltschonung und Wirtschaftlichkeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie soweit erkannt sind und auch als lösbar angesehen werden können, daß einem Ausbau der friedlichen Nutzung der Kernenergie bei Anwendung und Fortentwicklung der gesetzlichen Vorschriften prinzipiell nichts mehr im Wege steht.“

② Die Bundesregierung wird aufgefordert, ihre eigenen in den „Grundlinien und Eckwerte für die Fortschreibung des Energieprogramms“ vom 23. März 1977 zum Ausdruck gebrachten Ziele der Energiepolitik in Taten umzusetzen. Insbesondere darf die Verbindung zwischen der Errichtung neuer Kernkraftwerke und der Entsorgung nicht durch zusätzliche Erschwernisse behindert werden.

③ Der Bundestag fordert die Bundesregierung auf, alsbald ein umfassendes Programm zum Abbau der Investitionshemmnisse im Bereich der Energiewirtschaft einschließlich der dazu notwendigen Gesetzesinitiativen vorzulegen.

In der Debatte hatte Helmut Kohl hierzu gesagt:

Die Tatsache, daß die Mehrheit des Hauses heute den Versuch unternimmt, diesen Antrag an den Ausschuß zu überweisen, wo er gar nichts zu suchen hat — das sind doch Binsenweisheiten, die wir hier noch einmal bekäftigen —, zeigt doch nur, daß Sie Ihren Kotau vor Ihren Parteitagen machen müssen. Das ist doch das, was uns hier in der Diskussion bewegt. Aber der Inhalt unserer Großen Anfrage ist nicht nur das. Der Zickzackkurs der Bundesregierung hat zu dieser Verunsicherung beigetragen. Der Zickzackkurs der Bundesregierung war doch nur möglich, weil sie, Graf Lambsdorff, Herr Friderichs und andere in der Sitzung des FDP-Hauptausschusses in Saarbrücken von Leuten überfahren wurden, die einen Beschluß faßten, dessen Tragweite sie offensichtlich gar nicht überschaut haben. Die Herren, die im Bundestag gesprochen haben, haben hier anders als anderswo geredet. Deswegen muß das hier deutlich gesagt werden.

Herr Bundeswirtschaftsminister, von Ihnen hätte ich gerne eine präzise An-

wort auf die in unserer Großen Anfrage gestellte Frage:

Hält der Bundeskanzler an dem folgenden Punkt seiner Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976 fest: „... auf den Ausbau auch der Kernenergie kann nicht verzichtet werden. Kernenergie bleibt zur Deckung des vorhersehbaren Strombedarfs notwendig und unerlässlich. Ohne ihren Beitrag wäre es auch nicht möglich, die Energieträger so vielfältig einzusetzen, wie es im Interesse der Sicherheit unserer Stromversorgung geboten ist?“

Bei Ihnen, Graf Lambsdorff, nehme ich gerne an, daß Sie in dieser Frage völlig meiner Meinung sind. Aber ist das auch wirklich die Meinung der Regierung?

Zur zweiten Frage. Graf Lambsdorff, Sie beherrschen doch nun wirklich das Wort, aber das Wort Moratorium und alles, was damit zusammenhängt, haben Sie heute nur mit äußerster Zurückhaltung in Ihren Sprachgebrauch aufgenommen.

Ich habe die konkrete Frage an Sie, es ist zugleich Nr. 2 unserer Anfrage: Stimmt der Bundeskanzler — stimmt die Bundesregierung als Ganzes — der Opposition darin zu, daß ein mehrjähriges Moratorium der Kernenergie, in welcher Form auch immer herbeigeführt, im Widerspruch zu seiner Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976 stehen würde?

Was nützen uns Regierungserklärungen, die Sie für zighunderttausend Mark im Kunstdruck unter das Volk bringen, wenn Sie hinterher gar nicht weiter darüber nachdenken und sagen: Was interessiert mich das, was ich gestern hier im Bundestag geredet habe.

Ich erwarte eigentlich, nachdem der

Bundeskanzler nicht da ist, daß irgend jemand von der Bundesregierung zu den erstaunlichen Äußerungen des Bundesministers für Forschung und Technologie Stellung bezieht. Sie brauchen nur in der Großen Anfrage die Zitate nachzulesen, dann wissen Sie, daß er vieles zu diesem Thema gesagt hat.

Was davon ist endgültig? Von einer Regierung, die doch in diesen Tagen alles tut, um sich als stark und durchschlagskräftig dazustellen, erwarte ich, daß jetzt einmal verbindlich gesagt wird, was damit gemeint ist. Ich zitiere wörtlich Herrn Matthöfer:

„Aber ich sehe nicht nur in meiner Partei, sondern auch in der FDP ... eine Kräftekonstellation kommen, die dazu führen wird, nach den Beschlüssen der Partei und nach den Entscheidungen der Gerichte, daß wir mit einem Aussetzen des Neubaus von Kernkraftwerken von drei bis fünf Jahren rechnen müssen ...“

Es ist zunächst einmal bemerkenswert, daß der Beschluß eines SPD-Parteitages den Rang eines Gerichtsbeschlusses bekommt. Dies ist eine bemerkenswerte Neuerung in der neueren Geschichte der Bundesrepublik. Matthöfer sagt dann weiter:

Der Parteitag — gemeint ist der Parteitag der SPD — wird, ich glaube mit überwältigender Mehrheit, sich auf eine vernünftige Linie einigen, die zwei Komponenten haben wird. Einmal diese Aussetzung und zum anderen eine sehr starke Sparstrategie.

Ich bin sehr gespannt, Herr Bundesminister für Forschung und Technologie, wie Sie die Energielücke der 80er und 90er Jahre mit dieser Sparstrategie und diesem Moratorium bewältigen werden.

Niedersachsen hat Verpflichtungen erfüllt

Über die Haltung von Niedersachsen beim Bau einer Entsorgungsanlage stellte Ministerpräsident Ernst Albrecht im Bundestag u. a. fest:

Es war im Herbst 1976, als die Bundesregierung an die niedersächsische Landesregierung herangetreten ist, um die Zustimmung für den Bau einer Entsorgungsanlage in Niedersachsen zu erhalten. Wir haben damals folgendes gesagt:

① Wir akzeptieren als Landesregierung, bis zum Februar des Jahres 1977 eine vorläufige Standortauswahl vorzunehmen. Wir haben diese Verpflichtung erfüllt.

② Wir nehmen die Anträge der Unternehmen und die Anträge der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt selbstverständlich entgegen und werden diese Anträge sorgfältig, so wie es die Verantwortung unseren Bürgern gegenüber gebietet, aber auch zügig prüfen. Wir haben die Anträge entgegengenommen; die Prüfung ist in vollem Gange.

③ In Anbetracht der Neuartigkeit dieser Anlage — das Endlager ist ja in der ganzen Welt noch nirgendwo erprobt, die Wiederaufbereitungsanlage wäre die erste Anlage dieser Größenordnung in der Bundesrepublik Deutschland — wollen wir erst eine Konzeptgenehmigung für das Ganze geben, ehe wir in den Prozeß der einzelnen Teilgenehmigungen eintreten.

Dieses Konzept ist damals von der Bundesregierung nicht mit Kritik aufgenommen worden, sondern mit Erleichterung. Dieses Konzept ist dann in der Folgezeit in zwei Punkten präzisiert worden. Erstens haben wir gemeinsam,

Bund und Länder, erkannt und uns schnell darauf verständigt, daß in jedem Fall Zwischenlager für die abgebrannten Brennelemente nötig sind, im übrigen mit der Folge, daß, wenn wir dieses Zwischenlager haben, es völlig gleichgültig ist, ob die für fünf Jahre, für zehn Jahre oder für zwanzig Jahre gebraucht werden. Mit anderen Worten: Wir kommen hier aus jeglichem Zeitdruck heraus.

Und wir haben eine zweite Präzisierung vorgenommen, für die die Bundesregierung die Unterstützung sämtlicher unionsregierten oder von der CDU und der FDP geführten Länder, nicht aber die Zustimmung aller sozialdemokratisch regierten Länder, gefunden hat.

Es handelt sich um die entscheidend wichtige Definition der Entsorgungskoppelung. Die Bundesregierung hat mit unserer Zustimmung gesagt, daß weitere Baugenehmigungen für Kernkraftwerke erteilt werden können, wenn drei Voraussetzungen erfüllt sind:

Ausweisung eines Standorts für die Entsorgungsanlage; Antrag der Unternehmen für die Errichtung der Entsorgungsanlage; positive Gutachten der Reaktorsicherheitskommission und der Strahlenschutzkommission.

Die niedersächsische Landesregierung hat alle Verpflichtungen, die sie der Bundesregierung gegenüber übernommen hat, voll erfüllt.

Seit wenigen Tagen sind auch alle drei eben zitierten Voraussetzungen voll erfüllt. Mit anderen Worten: Nach diesem Konzept kann morgen weitergebaut und können weitere Baugenehmigungen erteilt werden.

■ TERRORISMUS

Niemand sollte in seinen Irrtümern verharren

In der Debatte des Bundestages zu Themen der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, u. a. folgendes:

Die Koalition hat sich wegen völliger Fehleinschätzung der Lage ja bisher nahezu allen Initiativen der Opposition widersetzt. Das von allen Parteien eingebrachte Kontaktsperrengesetz konnte mit den Stimmen der Regierungskoalition nicht verabschiedet werden. Es verdankt seine Verabschiedung der Opposition.

Wie wird das in Zukunft sein?

Werden unsere gesetzgeberischen Initiativen weiterhin dem Fallbeil der Mehrheit zum Opfer fallen? Wird die Bundesregierung ihre Gesetzentwürfe an dem ausrichten, was sie selbst sachlich für erforderlich hält oder an dem, was die von Herrn Wehner so scharf, aber erfolglos gerügten Fraktionsabweichler zuzulassen bereit sind?

Das würde bedeuten, daß weder die stärkste Fraktion noch die Mehrheit der Regierungsfractionen, sondern einige wenige Abgeordnete, die sich am linken Rand ihrer Fraktion aufhalten, die Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland bestimmen könnten. Das wäre die Herrschaft einer Minderheit

über die Mehrheit auf einem Felde, auf dem das besonders unerträglich wäre.

Wir fordern insbesondere folgende Gesetzesänderungen:

② Die richterliche Überwachung der Gespräche von Verteidigern mit inhaftierten Mandanten, die des Terrorismus verdächtig sind, muß ermöglicht werden.

② Es muß auch bei erstmaliger Verurteilung wegen terroristischer Straftaten möglich sein, die **Sicherungsverwahrung der Verurteilten** für die Zeit nach der Verbüßung der Strafe anzuordnen.

③ Die **Strafaussetzung zur Bewährung** muß bei bestimmten schweren, gegen Leib und Leben gerichteten Verbrechen eingeschränkt werden.

④ Damit **Strafverfahren rascher und wirksamer zu Ende geführt** werden können, müssen die dafür erforderlichen und rechtsstaatlich möglichen Rechtsänderungen durchgeführt werden.

⑤ Notwendig sind wirksamere Strafbestimmungen **gegen die Propagierung von Gewalt**.

⑥ Die Aufklärung von Bandenkriminalität sollte durch **Einführung des Kronzeugen** erleichtert werden.

⑦ Die Bestimmungen über die **Zwangsernährung** sollten neu geregelt werden.

⑧ Rahmenregelungen für das **Meldewesen** sind notwendig. Ein Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Poli-

zei sollte **bundeseinheitlich** verabschiedet werden. Inhaltlich geht es dabei vor allem um **klare Eingriffsbefugnisse der Polizei**, zum Beispiel bei der Einrichtung von Kontrollstellen und bei Identitätskontrollen.

Notwendig ist ferner eine klare Regelung für den sogenannten gezielten Schuß mit möglicher Todesfolge, um die jetzige Unsicherheit für Polizeibeamte zu beseitigen. Dabei sollten wir bedenken, daß unsere Polizei terroristischen Gegnern gegenübersteht, die sich durch Brutalität, durch hervorragende Bewaffnung und Ausbildung sowie durch blitzschnelles Handeln auszeichnen. Auch wir sind dafür verantwortlich, daß unsere Polizeibeamte eine Überlebenschance haben und nicht zur wehrlosen Zielscheibe werden.

Ein Wort zu den geistigen und politischen Ursachen des Terrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben in den letzten Wochen erlebt, daß nicht wenige Prominente nichts mehr wissen wollen von dem, was sie noch bis in die Gegenwart hin zu diesem Problem geäußert hatten.

Gewiß darf es keine Hexenjagd auf sogenannte kritische Intellektuelle geben. Aber wir können diese kritischen Intellektuellen auch nicht in den Stand einer Priesterkaste erheben, die für sich das Recht zur Kritik in Anspruch nimmt, Kritik an sich selbst aber mit großer Entrüstung zurückweist.

Auch unsere Dichterfürsten sollten begreifen, daß unser Respekt ihren literarischen Leistungen gilt, nicht aber notwendigerweise dem, was sie politisch zum besten geben. Auf dem Felde der Politik sind sie keine Majestäten, sondern Menschen wie wir, wie wir Arbeiter, Unternehmer, Angestellte und Beamte. Hier sollten sie sich daher wie wir

der Kritik stellen. Privilegien kann es hier nicht geben, allenfalls ein Mehr an Verantwortung für diejenigen, die über mehr Einfluß verfügen als andere.

Nicht Intellektuellenhatz also, sondern Bereitschaft zur Kritik und zur Selbstkritik ist notwendig. Wer sich in der Vergangenheit besonders geirrt hat, sollte das selbst sagen, um auf diese Weise ein Signal zur Umkehr zu setzen. Niemand könnte ihm den Respekt versagen. Was für Dichter und Wissenschaftler gilt, gilt erst recht für Politiker und Publizisten. Wir haben nicht die Absicht, jemanden an den Pranger zu stellen.

Jeder hat das Recht auf Irrtum, aber niemand sollte in seinen Irrtümern verharren, wenn seine Fehleinschätzungen sichtbar werden; zumindest hat er keinen Anspruch darauf, daß andere nicht darüber reden. Nicht um der Verurteilung von Vergangenem willen, sondern um aus Fehlern für die Zukunft zu lernen, muß die Vergangenheit kritisch gewürdigt werden.

Wer Spuren verwischt, indem er sagt, alle seien schuld, der sagt im Ergebnis, keiner sei schuld — und macht damit eine Bekämpfung der geistigen und politischen Ursachen des Terrorismus unmöglich.

Extremist verlor in Karlsruhe

Der Staat ist nicht verpflichtet, Personen auszubilden, deren Ziel die Zerstörung der Verfassungsordnung ist. Mit dieser Begründung hat das Bundesverfassungsgericht (BVG) ein Hamburger Urteil gebilligt, das einem Juristen den Zugang zum Vorbereitungsdienst verweigerte (AZ: 2 BVL 10/75 vom 5. Oktober 1977).

Stammheim gibt keinen Anlaß für böswillige Legendenbildung

Die Landesregierung von Baden-Württemberg verharmlost nichts und vertuscht nichts. Sie unternimmt vielmehr alles, um die Vorgänge gründlich und rückhaltlos aufzuklären. Unser gemeinsames Interesse an der Bekämpfung des Terrorismus verlangt eine lückenlose Aufklärung, stellte Ministerpräsident Hans Filbinger noch einmal vor dem Bundestag klar.

Die Ermittlungen von Staatsanwaltschaft und Polizei sind ohne Verzug aufgenommen worden, sie gehen mit gleicher Anstrengung weiter. Gleichwohl ist es möglich, schon heute einige wesentliche Feststellungen zu treffen. Ich möchte die wichtigsten dieser Tatsachen und Erkenntnisse nennen. Sie sind geeignet, dem vorschnellen Urteil und der unüberlegten, ja manchmal böswilligen Legendenbildung den Boden zu entziehen.

Es kann keinen ernsthaften Zweifel mehr daran geben, daß die Gefangenen Baader, Ensslin und Raspe Selbstmord unternommen haben und daß die Gefangene Möller einen Selbstmordversuch begangen hat. An der Leichenschau und Leichenöffnung waren fünf namhafte Gerichtsmediziner aus dem Inland und Ausland beteiligt. Nach ihrem übereinstimmenden Urteil gibt es keine Anhaltspunkte, die gegen einen Selbstmord der Gefangenen sprechen.

Am Nachmittag des 5. September dieses Jahres ist Hanns-Martin Schleyer

entführt worden. Noch in dieser Nacht zum 6. September hat das Justizministerium von Baden-Württemberg den Leiter der Haftanstalt Stuttgart-Stammheim angewiesen, jeglichen Kontakt der terroristischen Gewalttäter mit der Außenwelt und untereinander zu unterbinden.

Diese Kontaktsperre ist auf die Notstandsregelung in § 34 des Strafgesetzbuches gestützt worden. Am 6. September hat der zuständige Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart den Verteidigerverkehr von der Kontaktsperre ausgenommen. So konnte am Nachmittag dieses 6. Septembers jeweils ein Anwalt die Gefangenen Baader und Ensslin besuchen. Daraufhin hat der Justizminister am Morgen des 7. Septembers, also fast vier Wochen vor Inkrafttreten des Kontaktsperrengesetzes, angeordnet, erneut angeordnet, auch Verteidigerkontakte, ungeachtet des OLG-Beschlusses, zu unterbinden.

Von diesem Zeitpunkt an ist die Kontaktsperre bis zum Selbstmord bzw. zum Selbstmordversuch der Gefangenen lückenlos durchgehalten worden. Für die hier in Bonn geäußerte Vermutung, daß Waffen und Gegenstände wegen unzulänglicher Anwendung dieses Kontaktsperrengesetzes in Zellen gelangt sein könnten, gibt es nicht den geringsten Anhaltspunkt. Alles deutet vielmehr darauf hin, daß die im Zellenbereich der Terroristen gefundenen Waffen bereits vor dem 7. September 1977 in die Anstalt verbracht worden sind.

Der Leiter der Vollzugsanstalt ist schon vor der Entführung von Hanns-Martin Schleyer angewiesen worden, bei der Durchsuchung der Hafträume terroristischer Gewalttäter besonders sorgfältig zu verfahren und die Kontrollen in kürzeren Zeitabständen als üblich durchzuführen. In den letzten zehn Tagen vor dem Selbstmord der Inhaftierten ist die Zelle von Baader neunmal und die von Raspe zehnmal untersucht worden.

Ich frage mich, ob all diejenigen, die hier vorschnell an Versäumnisse und fehlende Sorgfalt denken, sich ein Bild von dem außerordentlich raffinierten Vorgehen der Terroristen machen können.

Die Verstecke waren so geschickt angelegt, daß sie selbst von einer Vielzahl hochqualifizierter Spezialisten erst nach tagelanger intensiver Suche entdeckt worden sind, und dazu mußten sämtliche Fußleisten und Türfüllungen herausgenommen, Waschbecken und Zelleninventar zerstört sowie die vergipsten Wände aufgeschlagen werden. Das ist natürlich nicht das Maß der normalen Untersuchung, die vorher geboten gewesen war.

Es gibt noch keine klare Antwort auf die Frage, wie die aufgefundenen Gegenstände, insbesondere die zur Selbsttötung verwendeten Waffen in die Haftanstalt eingeschleust werden konnten. Hier drängt sich die Vermutung auf, daß diese Geräte trotz aller Kontrollen von den Verteidigern eingeschleust worden sind. Zumindest läßt sich diese Möglichkeit nicht ausschließen.

Gudrun Ensslin hat allein an einem Tag 43 Besuche gehabt. Auch das gibt ein Bild von dem Ausmaß der Anforderungen an das Personal. Es gab in den letzten drei Jahren bis

zur Kontaktsperre am 7. September 2 210 Verteidigerbesuche bei den inkriminierten Angeklagten, eine unvorstellbar hohe Zahl. Und selbstverständlich haben diese Anwälte nie gezögert, gegen die körperliche Durchsuchung vehement zu protestieren und sie als polizeistaatliche Praxis zu diffamieren.

Ich erinnere an das im Inland und Ausland umgehende Gerede — und nicht nur Gerede, sondern Vorwürfe — von der Isolationsfolter, von der Vernichtungshaft, von der langsamen und allmählichen Hinrichtung. Jetzt frage ich jeden, der heute den ersten Stein werfen will, was er damals getan hat, um diese haltlosen Vorwürfe zurückzuweisen.

In der vergangenen Woche hat der Herr Bundeskanzler an dieser Stelle gesagt, die Vorgänge in Stuttgart-Stammheim dürften unseren klaren Blick in die Zukunft nicht vernebeln. Als erstes gelte es, die Erfahrung praktischer Solidarität im Handeln der Verantwortlichen für kommende Bewährungsproben lebendig zu halten. Dem stimme ich voll und ganz zu. Indes scheint mir, der Herr Bundeskanzler habe eine Bewährungsprobe selbst schon am Tage danach nicht bestanden.

Der Versuch des SPD-Präsidiums, die baden-württembergische Landesregierung dafür verantwortlich zu machen, daß sich der Bundeskanzler im Ausland als Mörder bezeichnen lassen müsse, grenzt — ich habe keinen anderen Ausdruck dafür — an Infamie. Im gleichen Atemzug — man muß diese Verlautbarung genau lesen — warnt die SPD vor der Polarisierung auf dem Felde der inneren Sicherheit. Ich stelle die Frage: Was ist Pharisäertum und was ist Heuchelei?

■ AFRIKA

Entwicklungshilfe muß wirklich dem Frieden dienen

Wir haben die Bundesregierung in unserer Großen Anfrage gefragt, mit welchem Konzept sie dem Problem der Ungleichheit, vor dem wir immer stehen werden, die Schärfe nehmen will. Eine zu-friedenstellende Antwort haben wir nicht erhalten. Die Bundesregierung besitzt weder den Mut noch die Fähigkeit, gegenüber der weltweit verbreiteten Ideologie der Gleichmacherei, die auch die Entwicklungspolitik erfaßt hat, eine offensive geistige Auseinandersetzung zu führen.

Dies stellte der entwicklungspolitische Sprecher der Fraktion, Jürgen Todenhöfer, in der Bundestagsdebatte fest. Die CDU/CSU, fuhr er fort, lehnt die Forderung ab, für alle Menschen und Länder ein egalitäres Wohlstandsniveau zu schaffen. Das Ziel unserer Entwicklungspolitik ist Chancengerechtigkeit — aber nicht Gleichheit.

Wir treten dafür ein, den Armen die Chance zu sichern, reicher zu werden, ohne daß dadurch die Reichen ärmer werden müssen. Wir überlassen es den dogmatischen Marxisten, den allgemeinen Wohlstand der Menschheit dadurch herbeiführen zu wollen, daß man ihn auf einer Stufe nivelliert, die dem Fähigen und Strebsamen jeden Anreiz zur Leistungssteigerung nimmt.

Wir bedauern, daß die Linke innerhalb der SPD sich ausgerechnet die Entwicklungspolitik als das Experimentierfeld für ihre sozialistischen Theorien ausgesucht hat. Mit dem Marxismus, der Sumpflüthe des Nihilismus, sind die Probleme der Dritten Welt nicht zu lösen.

Auch wir wissen natürlich, daß die Bundesrepublik allein keine umfassende Gegenstrategie gegen das sowjetische und kommunistische Vordringen in der Dritten Welt entwickeln und realisieren kann. Aber das, was die Bundesregierung hier als Strategie anbietet, ist in jeder Beziehung ungenügend und teilweise unglaubwürdig.

Die CDU/CSU vertritt für den engeren Bereich der deutschen Entwicklungshilfe die Auffassung, daß Entwicklungshilfe nur dann geleistet werden darf, wenn eine wirkungsvolle partnerschaftliche Zusammenarbeit möglich und politisch vertretbar ist. Das aber ist höchst problematisch.

Unter Beachtung der allgemeinen entwicklungspolitischen Kriterien muß die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern, die sich aufgrund ihrer positiven außenpolitischen Haltung und wegen ihrer Bedeutung für die internationale Stabilität besonders als Partner anbieten, endlich verstärkt werden.

Wir müssen unsere Freunde in der Dritten Welt stärker als bisher unterstützen . . .

Es sollte eigentlich in diesem Hause unumstritten sein, daß die deutsche Politik im südlichen Afrika ausschließlich friedliche Lösungen anstreben und fördern darf. Die Bundesregierung muß die deutsche Entwicklungshilfe endlich wieder aus der Grauzone der Gewalt herausführen. Die CDU/CSU sagt auch heute ein klares Ja zur Entwicklungshilfe. Aber diese Entwicklungshilfe muß wirksamer sein, sie muß ehrlicher sein und sie muß endlich wirklich dem Frieden dienen.

Franz Josef Strauß sagte in der Debatte u. a.:

Der Begriff „Staat“ ist in Afrika sehr problematisch. Der Begriff „Volk“ ist noch problematischer. Die Wirklichkeit besteht häufig aus den Stämmen als der realen Gruppierungsmöglichkeit.

Der heutige Zustand ist ohne Zweifel durch mangelnde Vorsorge der Kolonialmächte, durch eine plötzliche Entlassung in die Freiheit bedingt, für die man keine Vorsorge getroffen hat. Die Verantwortungsflucht der Kolonialmächte — einerseits unter dem Druck Moskaus, andererseits unter der Hilfestellung Amerikas zustande gekommen — ist weitgehend schuld an dem Leid, das heute in Afrika schwarze und weiße Menschen trifft.

Dazu kam als erschwerendes Moment die Einbeziehung Afrikas in eine weltweit operierende Strategie Moskaus. Man darf bei allen diesen Begriffen, Ideen, Denkansätzen, humanitären, kosmopolitischen, philanthropischen Äußerungen, über die ich mich in keiner Weise lächerlich

machen will, nicht übersehen, daß in Afrika ein knallhartes Pokerspiel um weltpolitische Machtverteilung stattfindet, ein knallhartes Spiel.

Im Zusammenhang zu den Vorgängen in Mogadishu ist das Märchen aufgebaut worden, daß der Antrag der CDU/CSU, dieser oder jener somalischen Regierung die Entwicklungshilfe zu streichen, die gute Lösung von Mogadishu glatt verhindert hätte. Sie haben keine Ahnung von den Vorgängen, die sich da unten im Laufe der letzten Monate abgespielt haben. Die ganze Frage Somalia gehört in den Gesamtbereich der Strategie „Kampf um das afrikanische Horn“.

Hier hat die Sowjetunion seit langer Zeit versucht, Fuß zu fassen. Ihr ist es zuerst in Somalia gelungen. Fragen Sie frühere Verteidigungsminister wie Herrn von Hassel, wie Herrn Schröder. Ich nehme an, daß Sie auch Herrn Schmidt und Herrn Leber hiernach fragen können, die dieses Problem aus zahlreichen NATO-Konferenzen oder Geheimbesprechungen sehr genau kennen müssen. Dann kam etwas hinzu, nämlich die Revolution in Äthiopien.

Beide Länder haben Waffenlieferungen bedeutenden Umfangs aus der Sowjetunion erhalten. Die Sowjetunion befand sich vor der unangenehmen Tatsache, daß russische Waffen gegen russische Waffen standen, Somalis mit russischen Waffen gegen Äthiopier, die ebenfalls mit russischen Waffen gekämpft haben.

Hier mußte die Sowjetunion sicherlich einmal eine unangenehme Lehre einstecken. Aber sie wird doch nicht glauben, daß das für sie das Ende ihrer Strategie in Afrika bedeutet.

■ KOALITION

Bahr kniff

Unter dem Titel „Streitfall — Die Schuld am Terrorismus“ war für Donnerstagabend (27. Oktober), 21.15 Uhr, im ZDF ein Streitgespräch zwischen dem Generalsekretär der CDU, Heiner Geißler, und dem SPD-Bundesgeschäftsführer Egon Bahr vorgesehen. Wenige Stunden vor der Sendung hat Bahr seine Teilnahme abgesagt, ohne der CDU seine Gründe zu nennen. Dies ist ein erstaunlicher Vorgang. Der Vorschlag, einen Disput zwischen zwei Politikern der CDU und der SPD über das Terroristen-Problem führen zu lassen, kam vom ZDF. Heiner Geißler stellte sich dafür sofort zur Verfügung. Der SPD-Bundesgeschäftsführer gab ebenfalls seine Zusage. In den Tageszeitungen war das Fernsehstreitgespräch zwischen Geißler und Egon Bahr angekündigt worden. Donnerstag vormittag teilte der SPD-Bundesgeschäftsführer plötzlich mit, er werde nicht kommen. Mit diesem peinlichen Unfall hat Egon Bahr mehr als nur miserablen Stil bewiesen. Offenbar war ihm die Auseinandersetzung über dieses Thema mit Heiner Geißler vor einem Millionen-Publikum äußerst unangenehm. Vor kurzem nahm Egon Bahr den Mund noch recht voll, als er meinte, er möchte den CDU-Generalsekretär überhaupt einmal kennenlernen. Wo er Gelegenheit dazu hatte, kniff der SPD-Bundesgeschäftsführer.

Schmidt im „Abseits“

Franz Josef Strauß hat Bundeskanzler Helmut Schmidt vorgeworfen, er habe

mit seiner massiven Kritik an den Forschungsinstituten versucht, „durch unsachliche Angriffe die Wissenschaftler einzuschüchtern“. Strauß: „Bei aller Skepsis vor Prognosen; durch seine Entgleisung hat sich der Kanzler selbst ins Abseits gestellt.“ Noch weniger treffsicher als die Vorhersagen der Sachverständigen seien die falschen Vorhersagen des Bundeskanzlers selbst gewesen. Schmidt versuche abzulenken und die Wirtschaft mit neuen falschen Versprechungen gesund zu beten. Statt dessen sollte sich der Kanzler endlich mit den von den Sachverständigen aufgezeigten Mißständen auseinandersetzen und vor allem für einen klaren marktwirtschaftlichen Kurs seiner Regierung und in seiner Partei sorgen.

Kritik an Ausschlußantrag

Den Antrag des FDP-Parteivorstands auf Ausschluß von fünf Berliner Jungdemokraten hat Judo-Chef Christoph Strässer heftig kritisiert. Der Beschluß der FDP-Führung bedeute einen schweren Schlag gegen alle Versuche, die geistige Auseinandersetzung mit den Ursachen des Terrorismus zu führen. Auch trage die Maßnahme nicht dazu bei, die Glaubwürdigkeit der FDP zu erhöhen. Der Antrag auf Parteiausschluß der Berliner Jungdemokraten bezieht sich auf ihren Nachdruck des umstrittenen „Buback-Nachrufs“.

Steuergelder für Verfassungsfeinde

Ein Antrag der CDU/CSU-Fraktion, dem kommunistisch unterwanderten Bundesvorstand der Naturfreundejugend Deutschlands (NFJD) aus dem Bundeshaushalt die Fördermittel zu streichen,



Vorher

Nachher

Zeichnung: Hicks / aus DIE WELT v. 25. 10. 1977

wurde jetzt bei der Haushaltsberatung im Ausschuß von der Koalition ebenso unter den Tisch gewischt wie der Antrag, dem linksorientierten Magazin des Landjugendringes Berlin „Blickpunkt“ künftig das Geld des deutschen Steuerzahlers zu entziehen. Damit steht fest, wie MdB Michael Glos feststellt, daß die zahlreichen Erklärungen dieser Tage, die angesichts der furchtbaren Ereignisse ständig die Solidarität der Demokraten beinhalten, bloße Lippenbekenntnisse sind. Die in der Vergangenheit schon unangenehm aufgefallene Linkspostille „Blickpunkt“ hat z. B. in ihrer letzten Ausgabe für das sogenannte „Russel-Tribunal“ gegen die angeblich politische Unterdrückung in der Bundesrepublik Deutschland geworben und einem Spendenaufruf für die Finanzierung dieses Spektakulums veröffentlicht.

Anstiftung zum Klassenkampf

Kultusminister Jürgen Girsensohn nimmt nach Auffassung des stellvertretenden Landesvorsitzenden der Jungen Union Rheinland und MdB Heinz-Jürgen Prangenberg, „Anstiftung zum Klassenkampf zumindest duldend hin“. Im „Rheinland-Union-Dienst“ kritisierte der Abgeordnete Passagen in dem von Girsensohn genehmigten Deutschbuch „Drucksachen c 9“, die sich mit dem Wohnungsbau befassen. Unter anderem würden dort „niedrige“ Mieten der DDR in einem völlig unpassenden Vergleich denen der Bundesrepublik — in der die „Bereitstellung von Wohnraum eine Frage der Rendite“ sei — gegenübergestellt. Prangenberg: „Dieses Schulbuch hat in seiner Einseitigkeit auf Schulbänken und in Schulmappen nichts verloren. Minister Girsensohn sollte die Genehmigung zurückziehen.“

Gemeine Hetze als „Kunst“ getarnt

Seit Jahren führen linke Agitatoren und Propagandisten unter der Tarnbezeichnung „Kunst“ ihren Kampf zur Diffamierung von CDU und CSU und ihre führenden Repräsentanten. So war es kein Wunder, daß der Heidelberger SPD-Graphiker Klaus Staeck die Gelegenheit der Kasseler „documenta 6“ mißbrauchte und dort an einem offiziellen Ausstellungsstand wiederum den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß als blutverschmierten Metzger unter der Überschrift „Entmannt als Wüstlinge“ verächtlich machte und die CDU als King-Kong-Ungeheuer den Besuchern zum Kauf anbot. Der Gipfel politischer Hetze und Agitation fand „am Rande“ der „documenta 6“ statt. Auf dem Platz vor dem Kasseler Staatstheater präsentierte die rotchilenische Malerbrigade Pablo Neruda „chilenische Wandmale-rei“ und am dazugehörigen Informationsstand wurde eine sogenannte Künstlerpostkarte vertrieben, die der Berliner „Künstler“ Ernst Volland herstellte und die einen Straßenkehrer zeigt, der den Kopf des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer zusammen mit den Emblemen großer Firmen „als Kehrlicht unter den grünen Rasen“ kehrt. Das „Kunstwerk“ trägt die Bezeichnung „Müll“ und beweist, wes Geistes Kind diejenigen sind, die unter dem Eindruck marxistischen Terrors und angesichts des Mordes an Hanns-Martin Schleyer eine derartige politische Hetze betreiben.

Weniger Frauen

Auf dem Hamburger SPD-Parteitag werden die Frauen schwächer vertreten sein als bei dem Parteitag 1975 in Mannheim. Aus einer Übersicht des Erich-Ollenhauer-Hauses geht hervor,

daß von den 400 Delegierten, die die Bezirke zum SPD-Bundesparteitag entsenden, nur 33 weiblich sind. Dies entspricht einem Frauenanteil von 8,25 Prozent, während beim Mannheimer Parteitag 1975 immerhin 9,25 Prozent der Delegierten (37 Personen) Frauen waren.

Von der FDP im Stich gelassen

Die regierende Hamburger SPD ist bei der zweiten Lesung über den Wahltermin für ein neues Parlament wiederum von ihrem Koalitionspartner FDP im Stich gelassen worden. Wie bereits vor einigen Tagen, stimmte die FDP zusammen mit der CDU-Opposition darin überein, daß die kommende Wahl am 23. April nächsten Jahres stattfinden soll. Die SPD unterlag mit ihrem Vorschlag für den 4. Juni. Sie will jetzt das Verfassungsgericht anrufen, wurde angekündigt.

Demonstranten fordern Bundesverdienstkreuz!

In einem Brief an Bundespräsident Walter Scheel protestierten die Jungsozialisten im Unterbezirk Münster gegen die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an den Polizeibeamten Wilhelm Lember aus Duisburg. Lember hatte die Auszeichnung für die Leitung der Polizeiaktionen gegen das Kernkraftwerk Kalkar erhalten. In ihrem Schreiben vertreten die münsterschen Jungsozialisten die Auffassung, daß nicht das Aufgebot an Polizei, sondern die Besonnenheit und Einsicht der Demonstranten ausschlaggebend für den friedlichen Verlauf dieser Demonstration gewesen sei. Sie fordern Bundespräsident Scheel deshalb auf, auch die Mitglieder des Organisationskomitees für die Demonstration in Kalkar mit dem Bundesverdienstkreuz auszuzeichnen.

■ KOOP-SCHULE

Hier werden Weichen für ein kollektives Schulsystem gestellt

In seiner Rede vor dem Plenum des nordrhein-westfälischen Landtags gegen den Beschluß von SPD und FDP, die sogenannten kooperativen Schulen einzuführen, erklärte Oppositionsführer Heinrich Köppler unter anderem:

Ausgehend von einem gesellschaftlich verfälschten Begriff der Chancengleichheit kommen SPD und FDP zu dem Ergebnis, daß alle Schüler der gleichen Ausbildung bedürfen und gleiche Abschlüsse erhalten müssen — nach Klasse 10 das Abitur I und nach der Kollegscheule das Abitur II. Da unterschiedliche Anlagen und Begabungen jedoch natürlich bedingt sind, werden, um allen Schülern alle Abschlüsse zu ermöglichen, die Anforderungen entsprechend gesenkt. Im kollektivistischen Bildungssystem entscheidet dann nicht mehr die Leistung des einzelnen über seine Berufs- und Lebenschance, sondern ein Verteilungsapparat, der Staat.

Wir wissen, daß die Zuteilung der Chancen im Leben innerhalb der objektiven ökonomisch-wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im wesentlichen von Elternhaus und Schule abhängt. Bildung ist in diesem Zusammenhang gerade von den Bildungspolitikern sozial-liberaler Provenienz in den letzten Jahrzehnten zu einem Wert an sich hochstilisiert worden, von dem sowohl das

Glück des Menschen, als auch die Fähigkeit seiner Selbstverwirklichung abhängig sein sollten.

Wir lernen heute, daß dabei sowohl die konkrete Vorbereitung auf das Berufsleben teilweise völlig auf der Strecke geblieben ist, die Motivation für das Arbeitsleben negativ beeinflusst worden ist und die Verweigerung, den wirtschaftlichen Bedarf an Arbeit in die Bildungsinhalte mit einzubeziehen, viele junge Mitbürger nicht nur ohne Abschluß und damit unvorbereitet in das Berufsleben entlassen, sondern geradezu entmutigt einem Arbeitsleben ohne Chancen ausgesetzt hat.

Unser Bildungssystem entbehrt heute weitgehend positiv motivierender Elemente, die die Notwendigkeit von Leistung und die Orientierung auch am Bedarf berücksichtigen. Wir müssen deshalb zu einer Neudefinition der Funktion unseres Bildungswesens kommen.

Ich bin ferner der Meinung, daß unsere junge Generation durch Bildung und Ausbildung befähigt werden muß, diesen freiheitlichen Staat und seine Gesellschaft zu bejahen, sich den zu erwartenden Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte stellen zu können und eine positive Einstellung zu Staat und Gesellschaft zu erlernen.

Dies bedingt ein objektives und möglichst umfassendes Wissen des einzelnen im Rahmen seiner Fähigkeiten, das ihm schließlich erst die Möglichkeit gibt, kritisch zu prüfen und abzuwägen. Bei uns steht allzuoft am Anfang das Erlernen von Kritikfähigkeit und erst dann das Vertrautmachen mit der Wirklichkeit. Hier scheint mir eine Verkehrung der Reihenfolge dringend geboten. (Siehe auch Zitat Seite 20.)

■ DEUTSCHLANDTAG DER JU

Einmütiges Bekenntnis zur Einheit der Union

Scharfe Kritik an den bisherigen Auseinandersetzungen in den Unionsparteien übte der mit großer Mehrheit wiedergewählte Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Matthias Wissmann, auf dem Deutschlandtag der JU am 29./30. Oktober in München. Die Gemeinsamkeit der Unionsparteien dürfe nicht als „Alibi für eine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners“ dienen. Die Union brauche künftig mehr Sach- und weniger Personalauseinandersetzungen.

Mit einem Gedenken an die jüngsten Opfer des Terrorismus hatte der Deutschlandtag begonnen. Die Auseinandersetzung mit dem Terrorismus beschäftigte immer wieder die Delegierten und Gäste. Noch nie hatte es auf einem Kongreß der Jungen Union so viele prominente Gäste aus CDU und CSU gegeben wie in München. Erstmals seit elf Jahren hielt Franz Josef Strauß auf einem Kongreß der Jungen Union wieder eine Rede. Sein „Grüßwort“ geriet zu einem über einstündigen Vortrag, in dem er sich mit den jüngsten Terroristenvorgängen und mit der Strategie der Union befaßte. Er warnte davor, auf eine absolute Mehrheit bei der nächsten Bundestagswahl zu hoffen. Strauß: „Das ist doch russisches Roulette. Statt dessen müsse die Union in den näch-

sten Monaten alles daransetzen, die Regierungsparteien aufzubrechen.“

Gerold Tandler, der Generalsekretär der CSU, bekam in seinem Grüßwort starken Beifall, als er sagte, die Junge Union sei „die Klammer der Union — und das ist gut so“. Pfiffe und Buhrufe ertete er jedoch für seine Auffassung, er halte den Trennungsbeschluß von Kreuth nach wie vor für richtig.

Helmut Kohl appellierte in einer einstündigen Rede an die Einheit der Union und rief zu einer gemeinsamen Darstellung der politischen Alternativen auf. Der Parteivorsitzende äußerte die Hoffnung, daß „zwölf Monate nach Kreuth wir allesamt dazugelernt haben“. Helmut Kohl dankte dem Vorstand der Jungen Union für dessen Einsatz um die Einheit der Union. Der Bundesregierung warf er vor, „keiner der wesentlichen Aufgaben gewachsen zu sein“. Die Bundesregierung zeichne sich nur noch durch perspektivloses Krisenmanagement aus und sei jederzeit durch die Linken in den eigenen Reihen erpreßbar.

Einen „besonderen Einsatz“ gerade auch der Jungen Union forderte Helmut Kohl für die Gruppen in unserer Gesellschaft, die keine Lobby, keine starken Verbände, keine Gewerkschaften zum Fürsprecher haben, der Generationenvertrag zwischen Alt und Jung müsse „in Gefahr geraten, wenn wir nicht end-

lich handeln“, mahnte er die Teilnehmer des Deutschlandtages.

Ebenso deutlich wie Helmut Kohl sprach sich Bundestagspräsident Karl Carstens in seinem Grußwort für die Einheit der Union aus. Carstens dankte der Jungen Union für ihre „Aktion Menschenrechte“. Der Kampf um die Menschenrechte müsse stetig weitergeführt werden, dies gelte besonders gegenüber der DDR.

Prof. Biedenkopf, stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU, befaßte sich in seiner Rede hauptsächlich mit einem der Sachthemen des diesjährigen Deutschlandtages, das Problem der „Macht der Verbände“ in unserem Staat. Ein zentrales Problem der Organisationen in der Bundesrepublik sei es, daß ihre dienende Funktion zu einer bevormundenden Funktion geworden sei. Biedenkopf verlangte, das „Kartell der organisierten Interessen aufzubrechen und das Prinzip der Unvereinbarkeit von Amt und Mandat der Funktionsträger auch im Bereich der verschiedenen gesellschaftlichen Funktionen zu verwirklichen“.

Von den 320 Delegierten des Deutschlandtages wurde Wissmann zum drittenmal zum Bundesvorsitzenden gewählt, Reinhold Bocklet aus Bayern und Elmar Brok aus Westfalen-Lippe zu seinen Stellvertretern.

Wissmann erklärte, die Jugendorganisationen von SPD und FDP hätten das Vertrauen der jungen Generation völlig verloren. Wesensbestandteile ihrer Politik seien politische Charakterlosigkeit und linkes Sektierertum. Die Junge Union Deutschlands mit ihren über 250 000 Mitgliedern sei der zur Zeit einzige politische Jugendverband, der in allen seinen Differenzierungen eindeutig und unbestritten auf dem Boden

unserer Verfassung stehe und bei aller Kritik grundsätzlich ein positives Verhältnis zu seinen Mutterparteien habe.

Der Deutschlandtag verabschiedete auf der Grundlage des vom Bundesvorstand erarbeiteten Papiers einen Beschluß zu dem Thema „Der Staat und die Macht der Verbände“. Die Junge Union setzt sich dafür ein, ein Überwuchern des Staates durch Verbände zu verhindern. Ein von einigen Delegierten gefordertes Verbändegesetz fand keine Mehrheit. Die Beachtung demokratischer Spielregeln in den Verbänden müsse gefordert werden. Zur Sicherung der Freiheit innerhalb der Verbände solle das Vereinsrecht im bürgerlichen Gesetzbuch fortentwickelt werden. Damit werde dem Staat zwar keine Einwirkungsmöglichkeit auf die Verbände eröffnet, wohl aber dem einzelnen Mitglied das Klagerecht gegen seinen Verband und damit eine Handhabe gegeben, die Einhaltung eines Mindestmaßes an Demokratie innerhalb der Verbände durchzusetzen.

Mit großer Mehrheit beschlossen die Delegierten ein „Spar- und Kreditprogramm für die mittelständischen Betriebsgründungen“, das jungen Menschen den Einstieg in die Selbständigkeit erleichtern und die Anzahl mittelständischer Unternehmen erhöhen soll. Auf Beschluß dieses Kongresses wird im März nächsten Jahres ein außerordentlicher Deutschlandtag zum Thema „Zukunftschancen der jungen Generation“ stattfinden.

In einem Initiativantrag lehnt die Junge Union Deutschlands das vorschnelle Verbot extremistischer Gruppen ab. Sollte aber ein Verbotsantrag gestellt werden, müsse er alle extremistischen Parteien erfassen.

INFORMATION

Vorgezogene Rente für Schwerbehinderte

Der Beschluß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, einen Gesetzentwurf einzubringen, nach dem Schwerbehinderte bereits mit 60 statt mit 62 Jahren die Altersrente beanspruchen können, ist zu begrüßen, erklärte Heiner Geißler. Dies stellt einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Wege dar, das vom Bundesparteiausschuß der CDU am 13. Juni 1977 einstimmig gebilligte Programm zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung in die Tat umzusetzen. Mit dem Steuerkompromiß im Vermittlungsausschuß sind bereits weitere wichtige Teile des Programms Wirklichkeit geworden. Dies betrifft z. B. die Ausweitung der öffentlichen Investitionen, die Steuerentlastungen, die Förderung der privaten Investitionen. Weitere Schritte, das Vollbeschäftigungsprogramm der CDU zu realisieren, werden folgen.

Schlecht verhandelt

Wenn eine gemeinsame europäische Großforschung nicht zur Farce werden sollte, dann war die Entscheidung über den Standort des Projektes JET überfällig, erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Energie und Umwelt, Heinz Riesenhuber. Grundsätzlich ist daher die Tatsache der Entscheidung zu begrüßen. Daß die Entscheidung für Culham fiel, zeigt allerdings, daß die Bundesregierung dieses wichtige Projekt mit bedauernswertem Ungeschick betrieben hat. Noch im Sommer dieses Jahres war in den zuständigen europäischen Gremien eine sehr große

Mehrheit für den Standort Garching. Hierzu haben vor allem die überzeugenden Sachargumente beigetragen. Eine politisch verantwortliche Verhandlungsstrategie, die den Willen zur europäischen Zusammenarbeit, das Interesse der Bundesrepublik Deutschland und die Sachargumente angemessen zusammengefaßt hätte, hat der Bundesregierung offensichtlich gefehlt.

Ost-CDU stramm auf SED-Linie

Die Ost-CDU, mit derzeit 115 000 Mitgliedern, hat auf ihrem Parteitag vom 12. bis 14. Oktober in Dresden deutlich gemacht, daß sie nach wie vor „treu zur SED“ steht. Das Präsidium (vier Mitglieder) und nahezu der gesamte Hauptvorstand (21 Mitglieder) wurden in der jetzigen Besetzung für die nächsten Jahre bestätigt. Gerald Götting (54), seit 1966 an der Spitze der Partei, ist weiterhin Vorsitzender. Wolfgang Heyl (56), Max Sefrin (63) und der Präsident des Obersten Gerichts der DDR, Dr. Heinrich Toeplitz (63) bleiben wie bisher seine Stellvertreter. Heyl, ein geschulter Funktionär von hohem Intellekt, gilt als der führende Kopf der Parteihierarchie. In der Regierung stellt die CDU gegenwärtig den Postminister und zwei Vizeminister, außerdem den Stellvertreter des Staatssekretärs für Kirchenfragen. Ihr Einfluß ist entsprechend gering.

Sowohl die Rede des Parteivorsitzenden Götting als auch der Parteitagsentschließung ist zu entnehmen, daß man zur Politik der SED keine Alternative bieten will. Treue zum Sozialismus, Freundschaft zur Sowjetunion und den Ländern des sozialistischen Blocks, „kameradschaftliches Zusammenwirken

mit der Partei der Arbeiterklasse" lautet die Formel der Ost-CDU. Erstmals bekannte sich die Ost-CDU offen zur „Jugendweihe“ als einem „politischen Bekenntnis zum Sozialismus“. Bisher hatte die Partei eine klare Stellungnahme zur Jugendweihe stets vermieden.

Mehr Geld für die Gemeinden

Auf einer Mitgliederversammlung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes in Bonn befürwortete Helmut Kohl eine höhere Beteiligung der Kommunen an der Lohn- und Einkommensteuer. Helmut Kohl forderte die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen auf, sich der CDU/CSU-Initiative auf Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer von 14 auf 15 Prozent anzuschließen. Er sprach sich ferner dafür aus, daß Bund und Länder bei künftigen Konjunkturprogrammen die Mittel in Form von Pauschalbeträgen unter den Kommunen verteilen sollen.

Schuldenetat höher als Verteidigungshaushalt

Die Verschuldung des Bundes einschließlich der Folgekosten durch Zinsen und Tilgungen wird zu einer schweren Hypothek für die Haushalte der kommenden Jahre. Darauf hat der MdB Sprung zur Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Union über die Entwicklung der Bundesschuld in den nächsten Jahren hingewiesen. Aus der Antwort der Regierung geht hervor, daß der aus Tilgungen und Zinsleistungen zusammengesetzte Schuldendienst 1981 mit 44,3

Milliarden DM nach den Sozialausgaben zum zweitgrößten Ausgabenblock wird. Er liegt damit noch vor den in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Verteidigungsausgaben (39,5 Milliarden) und übertrifft den Verkehrsetat (26,5 Milliarden) um fast das Doppelte. Sprung wirft der Bundesregierung vor, sie verschweige die gefährlichen Folgen der neuen „Schuldenlawine“. Wenn 1981 jede fünfte Mark der Bundesausgaben vom Schuldendienst aufgezehrt werde und nicht mehr für andere Aufgaben des Bundes zur Verfügung stehe, sei das ein Beweis dafür, daß kein Weg an einer „gründlichen Konsolidierung“ der Bundesausgaben vorbeiführe.

RCDS stellt in Düsseldorf AStA-Vorsitzenden

Mit dem Medizinstudenten Rolf Meschig ist erstmals ein Vertreter des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) zum AStA-Vorsitzenden der Universität Düsseldorf gewählt worden. Meschig erhielt in einer dramatischen Nachtsitzung des 25köpfigen Studentenparlaments 13 Stimmen, obwohl der RCDS und die mit ihm sympathisierende Arbeitsgemeinschaft fortschrittlicher Studenten nur über zwölf Sitze verfügen. Demnach muß ein Vertreter der Juso-Hochschulgruppen, des Liberalen Hochschulverbandes, des Sozialistischen Hochschulbundes oder gar des MSB-Spartakus „umgefallen“ sein. Inzwischen hat der Juso-Bundessekretär Rudolf Hartung in Bonn erklärt, der RCDS sei für die Jusos nicht koalitionsfähig. Die Jusos würden in der nächsten AStA-Sitzung ein Mißtrauensvotum gegen den Vorsitzenden einbringen.

Kampflied gegen Schleyer im Schulunterricht

Weil eine 28jährige Wetzlarer Studienrätin in ihrer Klasse ein Anti-Schleyer-Kampflied als „Diskussionsmaterial“ an ihre 17- bis 19jährigen Schüler verteilte, hat das Regierungspräsidium in Darmstadt eine Untersuchung des Vorfalls eingeleitet. In dem Kampflied wird der ermordete Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer mit seinen Mördern auf eine Stufe gestellt. Der Verfasser, der Redakteur des linksradikalen Berliner „Extra-Dienstes“, Martin Buchholz, greift auch die Bundesregierung an, die „den Restbestand rechtsstaatlicher Prinzipien tilgen wolle“.

Fehlende Schallschutz-Verordnung hemmt den Straßenbau

Zahlreiche Straßenbauvorhaben können nicht begonnen werden, weil eine Schallschutzregelung fehlt. Die Bundesregierung ist nicht bereit, eine klare Antwort auf die Frage zu geben, welche Straßenbaumaßnahmen der Dringlichkeitsstufe I A des Fernstraßenneubau-Programms wegen der fehlenden Schallschutzverordnung nicht durchgeführt bzw. nicht begonnen werden können. Dies teilte der CDU-Bundestagsabgeordnete Gerhard Braun mit, der eine diesbezügliche Frage in einer Fragestunde des Deutschen Bundestages gestellt hatte.

Einheitlicher Notfallausweis

Einen einheitlichen Notfallausweis für die gesamte Bundesrepublik forderte die CDU-Fraktion im hessischen Landtag. Der Oppositionsführer im hessischen Landesparlament, Gottfried Milde, erklärte dazu, ein solcher einheitlicher Ausweis sollte knappe, präzise und

sachliche Angaben enthalten, die dem Arzt oder auch den Helfern am Unfallort sofort verständlich seien. Angesichts der erheblich steigenden Unfallgefahren im Straßenverkehr komme einem solchen einheitlichen Notausweis besondere Bedeutung zu. Milde kritisierte, daß gegenwärtig in der Bundesrepublik rund 60 verschiedene Notfallausweise angeboten würden.

Die Folge der zu komplizierten Steuergesetze

Der Mittelstandsexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hansheinz Hauser, hat die Bundesregierung aufgefordert, zu Klagen der Steuerberater über die Arbeit der Finanzämter Stellung zu nehmen. Hauser verwies auf eine Umfrage der steuerberatenden Berufe, wonach bei den Finanzämtern die Zahl fehlerhafter Steuerbescheide „unerträglich hoch“ geworden sei, die Ämter einen Fristendruck ausübten, unberechtigt mahnten, kleinlich entschieden, bei Stundungen, Vollstreckungen und Strafverfahren zu einer schärferen Gangart übergegangen seien und das Recht der Steuerbürger auf Gehör „fließbandmäßig“ verletzt werde.

Nach Ansicht Hausers liegen die Ursachen dafür in den komplizierten Steuergesetzen und den immer unübersichtlicheren Vordrucken. Kein mittelständischer Betrieb und auch kaum noch die Lohnsteuerzahler kämen ohne einen Steuerberater aus.

Europäisches Parlament

Die christdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament hat sich für die Aufnahme der Länder Portugal, Spanien und Griechenland in die Europäische Gemeinschaft (EG) ausgesprochen.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBUHR BEZAHLT

ZITAT

Schulkrieg ohne Pause

Das deutsche Schulwesen braucht im Augenblick vor allem Ruhe und Gelassenheit, eine Bereinigung der konfliktreichen Atmosphäre und ein Ende der ideologischen Experimentierwut. Die Lehrer und die Kinder hätten eine Pause verdient, wie ihre dauerverunsicherten Eltern.

In Nordrhein-Westfalen aber ist überflüssigerweise eine neue Unruhezone geschaffen worden. SPD und FDP haben sich einstimmig für die kooperative Schule entschieden und sich in einem pompösen Abstimmungsverfahren für ein Gesetz entschieden, dessen Organisationsteil im Bedarfsfall mit einem pflegeleichten Erlaß oder mit der kommunalen Einsichtigkeit von ein paar Gemeindeverwaltungen zu bewältigen gewesen wäre.

Deshalb bleiben nach dieser Düsseldorfer Abstimmung schwere Bedenken und tiefe Zweifel, vor allem aber der grundsätzliche Verdacht gegen jene sozialdemokratische Kulturpolitik, die unter

dem Arbeitstitel Chancengleichheit schon mehrere bildungspolitische Ruinen in Hessen, Bremen und Berlin abgeliefert hat und in imperativen Gebärden ungeniert ihre Macht beweist. Die sozialdemokratischen Bildungstalaken haben nicht nur verfassungsrechtliche und föderalistische Bedenken gegen die kooperative Schule überangen. Sie haben alle Proteste von Lehrern und Eltern, von Institutionen und Personen, von den Bischöfen des Landes oder den Vertretern der Landwirtschaft übersehen. Sie haben die Bensberger Schulversuche, mit ihren negativen Ergebnissen in der Orientierungsstufe, kaum gewürdigt. Sie haben alle Bedenken gegen Mammutschulen und seelenlose Lernfabriken abgetan, haben kaum reagiert, als man von der Entkonfessionalisierung der Hauptschule redete. Das galt alles als Landespolitik, elitäre Anmaßung, bürgerlich. Wundern sie sich wirklich, wenn die Gegner der kooperativen Schule sich formieren, weil sie an die Angebotsschule nicht glauben und die Pflichtschule wittern, weil sie die kommunale Austrocknung fürchten und insgesamt eben die sozialistische Einheitsschule, die als Gesamtschule verkündet wird?

Kölner Rundschau, 27. Oktober 1977

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 21 80 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Kto.-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00. Postscheckkonto Köln, Nr. 221431-502, BLZ 370 100 50. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. **Einzelpreis** 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD